№ 131. Morgen-Ausgabe. Berlin. Donnerstag, 13. März 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Poststanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungsspediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1255., 1543., 7462., 7990., für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640., 10 641.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungsspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschl. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellengesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung" 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamer Str. 134 a., W. 50. Tauentzienstr. 7., W. 62. Lutherstr. 21., S. 14. Neue Roßstr. 18., O. 27. Holzmarktstr. 13.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Hermann Bachmann in Berlin.

Die Lärmmacher.

Die Regierung hat die Lärmmacher und Kriegsschreier mit einem kalten Wasserstrahl bedacht; das ist gut. Und wenn sie es nicht gestern abend, sondern vorgestern früh getan hätte, es wäre noch besser gewesen. Dann hätte sie viele Personen vor schweren Verlusten und das Reich vor einem Kurssturz seiner Anleihen bewahrt, der im Inland einen peinlichen Eindruck machen und im Ausland die Meinung nähren konnte, daß Deutschland allen Kredit verloren habe und finanziell am Anfang vom Ende stehe. Weshalb hat der Reichskanzler oder hat das Auswärtige Amt nicht sofort, als die wüste Epistel über den Störenfried erschien, jede Beziehung zu dieser Leistung eines unverantwortlichen Staatskünstlers abgelehnt? Die Beziehungen zu mannigfachen Artikeln, die sonst an derselben Stelle gestanden haben, hätten eine solche Erklärung gerechtfertigt und erfordert. Aber freilich, so schnell arbeitet unsere Diplomatie nicht. Hoffentlich ist sie von dieser Gründlichkeit, will sagen Langsamkeit nur, wo sie es mit dem deutschen Kapital und dem deutschen Anleihekurs zu tun hat. Da scheint es ihr auf 36 Stunden nicht anzukommen. Und hoffentlich warten auch, wenn einmal der Krieg ausgebrochen wäre, deutsche Heerführer nicht 36 Stunden, bis sie Maßregeln des Feindes mit Gegenmaßregeln beantworten. Sonst könnte mehr verloren gehen als an einem schwarzen Börsentage.

Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Die Regierung hat gesprochen, und die überhitzten Köpfe wird die Douche etwas abkühlen. Auf wie lange, das wird die Zukunft lehren. Fast hätte man meinen sollen, und Tausende haben es gemeint, die Stunde habe geschlagen oder werde alsbald schlagen, wo wir mit den Franzosen „die Klinge kreuzen". Das ist heute ein Scherz von vorgestern. Aber vorgestern wußte man nicht sicher, daß es ein Scherz, ein schlechter Scherz war. Wer sich freilich die Ruhe bewahrte, auf die Gefahr hin, als vaterlandsloser Geselle gebrandmarkt zu werden, fragte sich nüchtern, was eigentlich geschehen sei, um den männermordenden Krieg in Sicht zu bringen. Daß der Chauvinismus in Frankreich gewachsen ist, konnte man mit Bedauern zugeben; daß die Republik ihr stehendes Heer verstärkt, ist eine Asphaltwahrheit. Aber das war so ziemlich alles. Und das alles hat man nicht jetzt zum ersten Mal erlebt. Die Dinge haben schon schlimmer gestanden, und es ist gleichwohl Friede geblieben. Wie waren nicht die Gemüter erregt, als alle Welt von Pikrinsäure und Melinit sprach und General Boulanger, der miles gloriosus, auf seinem glänzenden Rappen, von Spahis in weißen, wallenden Mänteln geleitet, durch die Straßen von Paris ritt und Jung und Alt, Männlein und Weiblein bezauberte! Und Déroulède und die Patriotenliga und der Volkssänger Paulus und andere Bänkelsänger schürten den Rachedurst, und an dem beflorten Straßburg-Standbild auf dem Eintrachtplatz wurde ein frischer Kranz nach dem andern niedergelegt, und — danach ist ein Vierteljahrhundert Frieden geblieben. Weshalb sollte es jetzt mit einem Mal anders, sollte es sicher und unzweifelhaft und unvermeidlich sein, daß wir mit Frankreich die Klinge kreuzen, nämlich nicht nach abermals einem Vierteljahrhundert, sondern in absehbarer, in ganz naher Zeit?

Die Antwort auf diese Frage klang sehr ernst; nur war sie für den Zuschauer, der sich einiges Augenmaß erhalten hat, nicht welterschütternd, sondern zwerchfellerschütternd. Der „Matin" war schuld, drei Mitarbeiter des „Matin", deren Namen männiglich kund und zu wissen getan wurden. Diese drei bösen Buben hetzten gegen Deutschland, und allbieweil diese drei bösen Buben die öffentliche Meinung in Frankreich machten, und jenseits der Vogesen die öffentliche Meinung, nicht aber die Regierung regiert, also war der politischen Weisheit letzter Schluß, daß wir mit der Republik die Klinge kreuzen müssen. Also führten wir eigentlich mit drei Schriftstellern oder um der Miffetaten dreier Schriftsteller willen Krieg, einen Krieg, der hunderttausende Menschenleben, ungezählte Milliarden Vermögens vernichten kann. In der Tat, wäre die Sache nicht furchtbar ernst, man könnte lachen. Indessen der Vollständigkeit halber sei nachgetragen, daß es der „Matin" nicht allein gewesen sein soll, sondern auch das „Echo de Paris", und daß nicht bloß die drei bösen Buben Frankreich regieren, sondern auch die Generale „Bramarbas" und „Archipréf". Die fünf das Direktorium der dritten Republik.

Nun aber die Kehrseite! Wenn man aus den Kundgebungen einiger Aufgeregten, seien es Berufsschriftsteller, seien es bramarbasierende Generale a. D., Schlüsse auf die Absichten einer Regierung, auf die Pläne eines Staates ziehen dürfte, was sollte man dann von Deutschland denken? Es gibt deutsche Blätter, die an überschnappenden Chauvinismus hinter dem „Matin" und dem „Echo de Paris" nicht zurückstehen und in der Scharfmacherei jeden Rekord schlagen, und es gibt Offiziere genug im Ruhestande, die es als Verbrechen am Vaterland ansähen, Ruhe zu halten und nicht Tag für Tag himmelschreiende Gefahren an die Wand zu malen und die Regierung, wie viel sie auch fordere, immer noch elendiglicher Schwäche zu beschuldigen und, wie sich der Reichskanzler bei andern Anlaß ausdrückte, „das Schwert im Munde zu führen". Sicherlich, auf die Bramarbas und Archipréf hat Frankreich kein Monopol. Hüben gibt es deren so gut wie drüben, und sie sind hüben sogar von besonderer Unduldsamkeit und „Schneidigkeit", wenn andere Generale Uebertreibungen zurückweisen und zur Besonnenheit mahnen.

Da ist es nützlich, heilsam und zeitgemäß, daß die Regierung endlich dem korybantischen Treiben entgegentritt. Sie erklärt, mit den alarmierenden Artikeln nichts gemein zu haben; sie versichert, daß sich die auswärtige Lage nicht verschlechtert, sondern verbessert habe; die Darstellung, daß der eine oder der andere Nachbar zum Kriege dränge, weist sie „auf das entschiedenste" zurück. Die Kriegstreibereien entbehrten jeder Grundlage. Natürlich macht sie auch gegen die maßlose Sprache Front, die einzelne französische Blätter führen. Aber wenn das geschehen muß, soll es geschehen „kaltblütig und ohne Stimmungsausbrüche, die im Inland und im Ausland Mißverständnisse hervorrufen und die auf Bewahrung des Friedens unter den Großmächten gerichtete Haltung unserer Politik verdunkeln". Damit wird jeder unbefangene Beurteiler einverstanden sein. Diese Erklärungen beweisen ebenso, daß die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik nicht hinter den deutschen Lärmmachern stehen, wie die jüngste Rede des französischen Kriegsministers beweisen hat, daß die Regierung der Republik nicht hinter den Hetzaposteln vom „Matin" und „Echo de Paris" und hinter den Generalen Bramarbas und Archipréf steht. Es wird gut sein, wenn man sich allerwärts des Wortes erinnert: „Blinder Eifer schadet nur." Und ebenso gut, wenn das große Publikum bei einer Wiederholung des Zwischenfalls von vorgestern eingedenk ist, daß in 36 Stunden ein neuer Wasserstrahl von oben kommen kann, und wenn es sich daher nicht, zu seinem Schaden, verblüffen läßt.

*

Zur Lage

veröffentlicht gleichzeitig mit der „Nordd. Allg. Ztg." auch die „Neue politische Korrespondenz" einen Artikel, der anscheinend ebenfalls von der Regierung herrührt. Sie stellt zunächst fest, daß die alarmierenden Auslassungen über Frankreich als Störenfried nicht amtlichen Ursprungs, sondern Privatarbeit seien, und fährt fort:

„Wir sollten doch lieber an unsrer bisherigen Gepflogenheit festhalten, derartige Rodomontaden den aufgeregten Franzosen zu überlassen, und an unserer kühlen Reserve festhalten. Wenn hart auf hart kommt, sind wir bereit; das weiß jeder; vorher darüber zu schreien, ist mehr als überflüssig und erleichtert nur unsern Feinden das Verbreiten der unwahren Behauptung, daß wir die Friedensstörer seien . . . .

Daß Frankreich seinerseits es für nötig hält, zu einer Verstärkung seiner Wehrmacht zu schreiten, können wir ihm getrost überlassen, und daß es dabei zur dreijährigen Dienstzeit greift, ist eine interne Angelegenheit, die wir gleichfalls mit Seelenruhe ansehen können, zumal sie dem lebhaften Charakter des Franzosen, der immer nur für schnelle und eilige Resultate ist, auf die Dauer außerordentlich lästig werden dürfte.

Gerade im gegenwärtigen Moment mit Kriegsrufen zu kommen, ist nicht nur deplaziert, sondern auch der Situation wenig entsprechend, die drei erfreuliche friedliche Momente darbietet: die teilweise Entlassung von Reserven bei Oesterreich und Rußland, das gemeinschaftliche Herantreten Rumäniens und Bulgariens vor die Petersburger Konferenz und die sachgemäßen und erfreulichen öffentlichen Erklärungen hervorragender englischer Staatsmänner.

Natürlich wird es noch einer geraumen Weile ruhiger und sorgsamer Arbeit der europäischen Diplomatie bedürfen, ehe der Balkanknäuel tatsächlich entwirrt ist, und deshalb sollte gerade die deutsche Presse sich bemühen, diese schwierige Arbeit nicht durch unnützen Alarm zu stören."

Der Schiedsspruch für das deutsche Baugewerbe.

Die im Reichstagsgebäude zwischen den Vertragsparteien des deutschen Baugewerbes geführten Vertragsverhandlungen haben gestern abend ihren vorläufigen Abschluß dadurch gefunden, daß die drei Unparteiischen gemäß der am Dienstag getroffenen Vereinbarung ein von ihnen ausgearbeitetes Vertragsmuster den Parteien zur Genehmigung unterbreitet haben, das über die grundsätzlichen Streitfragen nach Art eines Schiedsspruchs eine Entscheidung herbeiführt, die Festsetzung der Löhne aber den örtlichen Verhandlungen überläßt.

Das Vertragsmuster ist im allgemeinen auf dem alten Vertrag aufgebaut. Ueber die Arbeitszeit wird bestimmt, daß in einigen Orten, wo noch die zehnstündige tägliche Arbeitszeit besteht, eine allmähliche Verkürzung eintreten soll. Die Akkordarbeit soll zulässig sein, sie darf aber dort, wo sie bisher nicht bestand, nicht gegen den Willen einer Partei eingeführt werden. Wo Akkordarbeit besteht, muß sie durch einen besonderen Akkordtarifvertrag geregelt werden. Die Betonarbeiter sollen unter den Tarifvertrag fallen. Die schon im alten Vertrag enthaltene Bestimmung, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sind, soll nicht zu einer Kürzung des festgesetzten Lohnes berechtigten. Die von den Arbeitgebern gewünschte Bestimmung, daß die am Vertrag beteiligten Verbände einen Garantiefonds von je 50 000 Mk. bei der Deutschen Bank hinterlegen sollen, haben die Unparteiischen nicht angenommen.

Zu dem Vertragsmuster gaben die Unparteiischen eine Erklärung ab, in der sie ausführen, die Vorschläge seien ein Kompromiß, das einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Gesamtforderungen herbeiführen solle. Deshalb dürften auch nicht einzelne Punkte herausgenommen werden, ohne das Ganze zu gefährden. Der alte Vertrag sei als Grundlage benutzt worden, weil er sich im wesentlichen bewährt habe. Die Vorschläge sollen vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung die Grundlage bilden, auf der die örtlichen und Bezirksverhandlungen stattzufinden haben.

Nach kurzer Sonderberatung der Parteien erklärten sich die Arbeitnehmervertreter bereit, auf der Grundlage des Vertragsmusters die örtlichen und Bezirksverhandlungen zu führen. Die Arbeitgeber erklärten, sie bedürften dazu erst der Zustimmung ihres Gesamtvorstandes, würden diesem aber das Vertragsmuster empfehlen. Wenn die Arbeitgeber zustimmen, so sollen die örtlichen und Bezirksverhandlungen am 19. April beendet sein. Bis dahin läuft der alte Vertrag stillschweigend weiter.

Zu der russisch-österreichischen Verständigung.

Wien, 12. März. Eine amtliche Kundmachung besagt:

Die „Petersb. Tel.-Ag." veröffentlicht im Anschluß an das gestern zur Ausgabe gelangte, zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué einen ergänzenden Passus. Die Aufnahme dieses, in der bezüglichen Vereinbarung der beiden Kabinette nicht einbegriffenen Passus in den im Einvernehmen publizierten Text der Communiqués wurde von seiten Oesterreich-Ungarns schon aus dem Grunde für unnötig befunden, weil unsere politische Haltung gegenüber unseren südlichen Nachbarn sich nicht erst aus den bei dem gegenwärtigen Anlaß gepflogenen Erörterungen ergab. Es braucht in dieser Richtung nur darauf hingewiesen zu werden, daß Graf Berchtold schon am 5. November v. J. vor dem kompetenten Forum der Delegationen die Erklärung abgab, daß die Monarchie bereit sei, die Grundlage zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen mit den Balkanstaaten zu schaffen.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der Zusatz, den die „Petersb. Tel.-Ag." im Anschlusse an das zwischen Oesterreich-Ungarn und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué veröffentlichte, hat in hiesigen unterrichteten Kreisen sehr überrascht, denn jener Zusatz ist zwischen den beiden Regierungen nicht vereinbart worden. Die österreichisch-ungarische Regierung hätte ihre Zustimmung zu dem Zusatz nie gegeben. Wenn dieser Passus ohne Wissen Oesterreich-Ungarns durch die „Petersb. Tel.-Ag." veröffentlicht worden ist, so erweckt diese diplomatische Entgleisung den Anschein, als habe man sich in Petersburg nachträglich aus Rücksicht auf die starke panslawistische Strömung und aus Gründen, die nur in der Prestigepolitik gefunden werden können, dazu entschlossen. Den Absichten der beiden Monarchen entsprechend, hat die gegenseitige Demobilisierung an der russisch-galizischen Grenze den politischen Zweck verfolgt, einen Beweis gegenseitigen Vertrauens zu geben. Die langwierigen diplomatischen Verhandlungen haben ein Ergebnis erzielt, das als zweckentsprechend bezeichnet werden muß. Es ist daher nicht zu besorgen, daß durch das Verfahren der „Petersb. Tel.-Ag." die bisherigen Ergebnisse beeinträchtigt werden.

Eine entgegenkommende Antwort der Balkanstaaten?

Belgrad, 12. März. Am Nachmittag wird den Vertretern der Großmächte die Antwort auf das Vermittlungsansuchen der Türkei überreicht werden.

Sofia, 12. März. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Antwort der Balkanverbündeten, die heute überreicht werden soll, wird ausdrücklich anführen, daß sie bereits formulierten Forderungen als Grundlage der Friedensverhandlungen dienen sollen. Da es sich folglich nicht um unabänderliche Mindestforderungen handelt, ist anzunehmen, daß die Großmächte daran immerhin eine Vermittlung anknüpfen könnten, und daß, wenn auch die Türken ihrerseits Nachgiebigkeit zeigen, die Friedensverhandlungen vorwärtskommen können. Unter Umständen könnten, wenn die Großmächte nicht viel Zeit verlieren, die Friedenspräliminarien innerhalb weniger Tage festgelegt werden. (Die beiden Depeschen waren nur in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe enthalten. Red.).

London, 12. März. Der türkische Botschafter und Hakki Pascha sprachen heute nachmittag 1 Uhr 30 Min. im Auswärtigen Amte vor. Sir Edward Grey begab sich nach Schluß der Kabinettssitzung dorthin.

Sofia, 12. März. Die Gerüchte, nach denen Sobranjepräsident Danew in Dimotika mit zwei türkischen Delegierten direkte Friedensverhandlungen pflegen sollte, werden an maßgebender Stelle in Abrede gestellt. Danew besuchte lediglich seine in Kirklilisse weilende Familie und begibt sich demnächst nach Petersburg, um den rumänisch-bulgarischen Verhandlungen beizuwohnen.